



Flüchtlingsrat Brandenburg

Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331-716499
Fax: 0331- 887 15 460
info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam
KtoNr.: 350 10 10 000
BLZ: 160 500 00

Potsdam, den 20. Juni 2011

Pressemitteilung zum Internationalen Tag des Flüchtlings

Heute, am Internationalen Tag des Flüchtlings, besuchen Minister Günter Baaske und die Landesintegrationsbeauftragte Prof. Karin Weiss die Erstaufnahmeeinrichtung und die Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt.

Der Flüchtlingsrat begrüßt es, dass sich die Landesregierung der Situation in der Erstaufnahme- und der Abschiebehaftanstalt zuwendet und sich selbst ein Bild von der Situation macht!

In einem Brief an den Minister hat der Flüchtlingsrat vorab auf Missstände in der Erstaufnahmeeinrichtung hingewiesen. Das sind insbesondere:

- mangelhafte Gesundheitsversorgung,
- fehlende Berücksichtigung der Belange von Traumatisierten, Kranken oder Familien bei der Weiterverteilung in die Landkreise,
- nicht adäquate Versorgung unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge,
- die lange Verweildauer von Flüchtlingen, die sich im sog. Dublin-II-Verfahren befinden (bis zu sechs Monaten, obwohl das Gesetz nur eine Unterbringungspflicht in der Erstaufnahme von bis zu drei Monate vorsieht).

Der Flüchtlingsrat kritisiert auch schon seit Langem die lagerähnliche Aufnahmeeinrichtung mit vorgelagerter Einlasskontrolle in unmittelbarer Nachbarschaft zum mit Nato-Stacheldraht umgebenen Abschiebegefängnis, sowie das sehr restriktiv angewandte Sachleistungsprinzip und die Beschränkung des Aufenthaltes auf die Stadt.

Auch in Hinblick auf diese Missstände begrüßen wir die Aussage von Minister Baaske in der Einladung zur Fahrt nach Eisenhüttenstadt: „Es ist unsere Menschenpflicht, diesen oft

traumatisierten Frauen, Männern und Kindern eine menschenwürdige Lebenssituation zu ermöglichen.“

In dieser Pflicht stehen wir nicht nur gegenüber den Flüchtlingen, die es - oft unter Lebensgefahr - geschafft haben, nach Deutschland zu kommen. Deshalb wenden wir uns heute, am Internationalen Tag des Flüchtlings, mit einem **Appell an die Landesregierung,**

- **auf der morgen beginnenden Innenministerkonferenz in Frankfurt am Main die Bereitschaft zu erklären, Flüchtlinge aus den tunesischen Flüchtlingslagern im Rahmen des Resettlement-Verfahrens aufzunehmen,**
- **sich für eine entsprechende Bund-Länder-Vereinbarung einzusetzen,**
- **sich für eine Wende in der Asyl- und Migrationspolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Union gegenüber den nordafrikanischen Ländern einzusetzen; für eine Wende von einer Politik der Abschottung zu einer humanitär orientierten Aufnahme von Flüchtlingen.**

Tunesien hat trotz Umbruchsituation und schwerer Wirtschaftskrise sehr großzügig Libyer, Transitflüchtlinge und Wanderarbeiter, die vor Verfolgung und Krieg in Libyen geflohen sind, aufgenommen. Mit der weiter anwachsenden Zahl von Flüchtlingen ist Tunesien aber überfordert. Der UNHCR hat bisher vergeblich u.a. die europäischen Länder um Entlastung Tunesiens durch Aufnahme von Flüchtlingen gebeten. Deren Lage ist so ausweglos und verzweifelt, dass viele in überfüllten Booten den lebensgefährlichen Weg über das Meer nach Italien wagen. Immer wieder dringen Berichte an die Öffentlichkeit, dass europäische Schiffe sogar Flüchtlinge in Seenot nicht aufnehmen. Seit Januar dieses Jahres sind weit über 1000 Afrikaner auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken. Darin sehen wir die Folge einer verheerenden Abschottungspolitik! Eine glaubwürdige Unterstützung des Demokratieprozesses in den nordafrikanischen Ländern zeigt sich dagegen vor allem in der solidarischen Aufnahme von Flüchtlingen aus den Umbruchregionen!

Den vollständigen Appell finden Sie im Anhang

Pressekontakt: Beate Selders, 0176 - 61026443